

Auswertung Energiedialog

1. Veranstaltung Energiedialog Pirna 17.10.2018

Bei der Auftaktveranstaltung zum „Energiedialog“ am 17. Oktober in Pirna waren 15 Bürgerinnen und Bürger anwesend, darunter Michael Eilenberger, Vorsitzender des Bundesverbands Landschaftsschutz in Sachsen e.V. und Mitglied des Energiebeirats, begleitet von Vertretern von windkraft-kritischen Bürgerinitiativen, Andreas Poldrack, Geschäftsführer des VEE e.V. Sachsen, sowie ein Vertreter der Stadtratsfraktion der Grünen sowie des BUND Sachsen. Bei dieser Veranstaltung ging es fast ausschließlich um das Thema „Windkraft“. Dominiert wurde die Diskussion insbesondere von den Aspekten Abstandsregelungen zwischen den Anlagen und der Wohnbebauung, (fehlende bzw. dringend zu steigernde) Akzeptanz für den Windkraftausbau und den Konflikten zwischen städtischem und ländlichem Raum, da der Windkraftausbau v.a. im ländlichen Raum stattfindet.

Kritisch zur Windenergie wurden neben dem Landschafts- bzw. Flächenverbrauch die Beeinträchtigung des Landschaftsbilds, Schallimmissionen (verwiesen wurde auf den Bericht der WHO¹) sowie die Tatsache angeführt, dass auch eine noch größere installierte Kapazität von Windkraftanlagen bei Windstille nicht bundesweit die Versorgungssicherheit auf dem heutigen Niveau halten könne. Mit Bezug auf das Szenario, das für 2030 zwar weniger, dafür aber höhere und leistungsfähigere Anlagen vorsieht, wurde kritisch angemerkt, dass diese Anlagen (z.B. im Rahmen Repowering) höhere Schallimmissionen, mehr Flächenverbrauch und eine stärkere beeinträchtigende (bzw. „bedrängende“) Wirkung bedeuteten.

Der weitere Windkraftausbau, müsse besser organisiert und evaluiert sowie mit einem qualitativ besseren Monitoring begleitet werden, um nach- bzw. umsteuern zu können. Das gelte auch für die Energiewende insgesamt.

Generell solle die energiepolitische Debatte mehr auf Grundlage von Fakten, und weniger von Emotionen geführt und darüber hinaus transparenter begleitet und begründet werden. Obwohl nicht als „Mittel der Wahl“ zur Akzeptanzsteigerung angesehen, spielte die Frage der kommunalen Beteiligungsmöglichkeiten eine Rolle: Anwohner, Anrainergemeinden bzw. „Betroffene“ von EE-Anlagen sollten besser finanziell an der Wertschöpfung der Anlagen beteiligt werden. Dies zunächst aus Gerechtigkeitsgründen (wieder mit Blick auf den Stadt-Land-Aspekt), im besten Fall jedoch auch, um so die Akzeptanz zu erhöhen.

Bezüglich der Strom- und Energiepreise kam die Anmerkung, dass „gerechte“ und „ehrliche“ Energiepreise auch externe (Folge-)Kosten erfassen müssten (z.B. Endlagerung Kernkraftbrennstoffe, Renaturierung bzw. Rekultivierung Braunkohletagebaue u.ä.). Gleichzeitig solle darüber nachgedacht werden, die Netznutzungsentgelte so zu flexibilisieren, dass Nutzer/Verbraucher Anreize haben, ihr Verbraucherverhalten netzdienlich zu gestalten.

Im ländlichen Raum und im kleinen Rahmen (Einfamilienhaus bzw. ähnliche, kleinere Strukturen) sei bereits heute eine echte Versorgungsautonomie mit elektrischem Strom und Wärme aus EE möglich bzw. absehbar möglich.

Weitere angesprochene Themen waren:

- die künftige Rolle von Energiespeichern, um die volatile Einspeisung von EE-Strom v.a. aus Windkraft zu kompensieren. Hier bestünden hohe technische Erwartungen, insbesondere der Rohstoff- und Energiebedarf bei der Speicherherstellung wurden als kritische Größen genannt.
- Photovoltaik (PV): diese sollte besser genutzt werden, was nur mit mehr Förderung möglich wäre. Der bürokratische Aufwand zum Betrieb einer PV-Anlage müsse vereinfacht werden.

¹ <http://www.euro.who.int/en/publications/abstracts/environmental-noise-guidelines-for-the-european-region-2018>

- Das Thema Erdwärme würde nicht ausreichend vertieft und befördert, hier gebe es beträchtliche Potenziale (auch in Sachsen).



© SMWA/Pressestelle

2. Veranstaltung Energiedialog Bautzen 18.10.2018

Auch die Veranstaltung in Bautzen am 18. Oktober war nur mäßig besucht (ca. 15 Teilnehmer). In der Diskussion spielte wieder das Thema Windkraft eine zentrale Rolle. Angesprochen wurden z.B. gesundheitliche Risiken wie Infraschall aus Windkraftanlagen. Voraussetzung für die Akzeptanz solcher Anlagen seien ausreichende Abstandsregelungen, eine möglichst frühe Beteiligung der betroffenen Bürger sowie ein offener und ehrlicher Dialog, und zwar bereits vor dem Genehmigungsverfahren bzw. im Rahmen der Regionalplanung. Zum Thema Windkraft-Ausbau wurde außerdem die Forderung nach unabhängigen Lärmgutachten vor dem Bau einer Windkraftanlage sowie unabhängige Lärmmessungen nach Abschluss der Baumaßnahme geäußert. Es werde beim Thema EE-Ausbau nicht deutlich, welcher Flächenbedarf derzeit bestehe und wie sich der Flächenbedarf künftig entwickeln werde.

Das Thema Speichertechnologien wurde als eine große Herausforderung für das Gelingen der Energiewende genannt. Es kamen die verschiedenen Arten von Speichern zur Sprache, mitsamt ihren entsprechenden Vor- und Nachteilen bezüglich Raumbedarf, Kosten und ihrer möglichen Rolle zur Steigerung der Versorgungssicherheit. Das bestehende Speicherförderprogramm des Freistaats wurde als positives Beispiel genannt.

Zum Gutachten wurde hinterfragt, weshalb nur das KSZ 80-Szenario betrachtet wurde. Auch die anderen erneuerbaren Energieträger spielten eine Rolle: Im Bereich Photovoltaik / Solarenergie wurde gefordert, die EEG-Umlage zu reformieren und insbesondere für den Eigenverbrauch eine neue Regelung zu finden.

Angesichts der sinkenden Einspeisevergütung für Biomasseanlagen wurde angeregt, ein Förderprogramm für Privatbetreiber zu initiieren. Außerdem wurde angeregt, Brennstoffe weiterhin mit einer geringeren Mehrwertsteuer zu belasten, um die entsprechenden Kosten für die Verbraucher niedrig zu halten.



© SMWA/Pressestelle

Beim Sektor Verkehr wurde darauf hingewiesen, dass insbesondere attraktive Angebote im ÖPNV wichtig seien (Verkehrsvermeidung). Wichtig sei hier v.a. die Elektrifizierung der Strecke von Zittau nach Görlitz. Die Zukunft liege zudem in intelligenten Verkehrssystemen – als Modellregion für selbstfahrende Autos sei dafür die Region Zittau - Bautzen - Görlitz ideal geeignet.

Als weiteres positives Beispiel wurde das Konzept der „Rollenden Landstraße“ genannt, dessen Potenzial (auch andernorts) nicht ausreichend genutzt werde.

3. Veranstaltung Energiedialog Zwickau 22.10.2018

Der Energiedialog am 22. Oktober in Zwickau wurde von mehr als 30 Teilnehmern besucht. Wieder dominierte das Thema Windkraft die Diskussion. Mehrere Teilnehmer, darunter Vertreter aus entsprechenden Bürgerinitiativen, übten heftige Kritik an den bestehenden Abstandsregelungen. So seien im Raum Zwickau Windkraftanlagen errichtet worden, obwohl die entsprechenden Bestimmungen zum Immissionsschutz nicht eingehalten würden. Staatssekretär Brangs erwiderte auf die - sehr lautstark vorgetragene – Kritik, dass selbstverständlich Recht und Gesetz eingehalten werden müssen. Dafür seien in der Bundesrepublik die Gerichte zuständig. Er könne und werde jedoch keine Aussage zu Sachverhalten machen, die er nicht kennt und für die das SMWA nicht zuständig ist: Ansprechpartner sind zunächst die entsprechenden Genehmigungsbehörden.

In diesem Zusammenhang wurde der weitere Ausbau der Windkraft in Frage gestellt – bis hin zur Forderung, die Aktualisierung / Weiterentwicklung des EKP auszusetzen und ein Moratorium für den Windkraftausbau einzurichten. Ungenügende Abstandsflächen zu WEA, intransparente Verfahren in der Regionalplanung und das Verhalten von Windkraft-Projektierern wurden als Argumente gegen die Windkraft in die Debatte eingebracht. Diese trafen weit vor der offiziellen Ausweisung von Flächen als Vorrang- und Eignungsgebiete für die Windkraftnutzung Absprachen und Vereinbarungen mit den Grundstückseigentümern.

Zum Thema Repowering (Ersatz alter Anlagen durch moderne, neue Anlagen) wurde bemängelt, dass es zu wenig Steuerungsmöglichkeiten gebe, zudem seien Anlagen mit den jetzt am Markt üblichen Dimensionen nicht erwünscht und für die Anwohner „nicht zumutbar“.

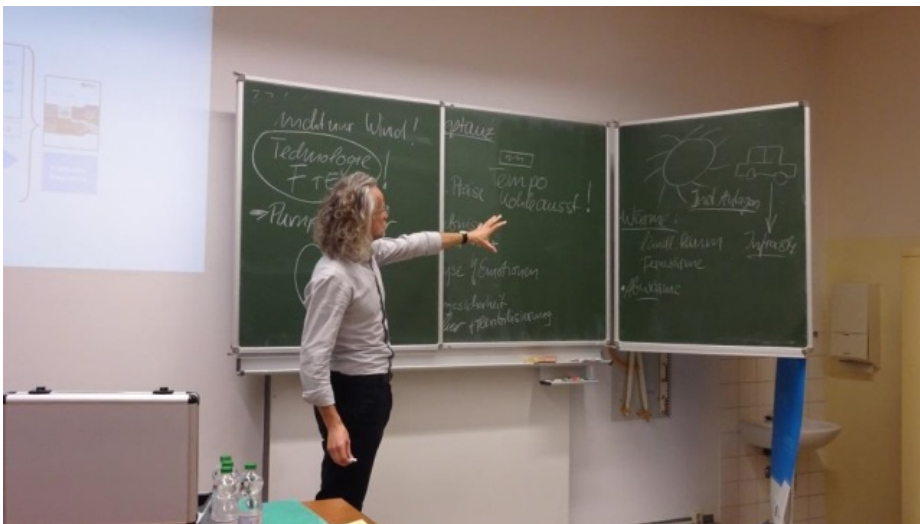
Die Einbeziehung von maximal einem Prozent der sächsischen Waldfläche zur Windkraftnutzung (wie in einem Szenario im SAENA-Gutachten betrachtet) wurde vehement abgelehnt. Gefordert wurde außerdem eine „Ökobilanz-Gesamtanalyse“, die neben dem CO₂-Ausstoß für den Bau, den Transport und die Errichtung einer

Windkraftanlage auch den CO₂-Effekt durch den Verlust von Waldfläche beinhalten müsse.

Herr Kropop vom RPV Chemnitz machte deutlich, dass die im Gutachten der SAENA angenommenen Abstandswerte nicht die des RPV Chemnitz sind.

Herr Thieme-Czach von der SAENA erklärte die Methodik bei der Berechnung der Szenarien und wies nochmals darauf hin, dass die SAENA ein theoretisches Potenzial berechnet hat. Dies sei keine konkrete Planung und könne diese auch nicht ersetzen.

Ein grundsätzlicher Kritikpunkt an der Energiewende stellte darauf ab, dass es an Speichermöglichkeiten fehle, um die volatile Einspeisung von Strom aus EE zu beherrschen. Explizit angesprochen wurde das Thema Pumpspeicherkraftwerke, die insbesondere in Sachsen eine bedeutende Kapazität darstellten. Durch das SMWA wurde kurz die Situation der PSW beschrieben, für die sich nach den neuen Bedingungen am Strommarkt das sog. „Arbitragegeschäft“ (kaufmännische Nutzung der Preisdifferenzen zwischen Tag- und Nachstrom) nicht mehr lohne. Allerdings seien insbesondere die PSW bzgl. Netzentgelten sehr weitgehend privilegiert. Das BMWi vertrete die Ansicht, dass zusätzliche Speicherkapazitäten erst bei einem EE-Anteil am Bruttostromverbrauch höher als 80% nötig sein werden. Im Übrigen stünden alle Flexibilitäten (z.B. Lastverschiebung, Netze, Speicher) im Wettbewerb, und die kostengünstigste Flexibilitätsoption setze sich durch.



© SMWA/Pressestelle

Aus den Reihen der Teilnehmer kam die Forderung, um die Versorgungssicherheit mit elektrischem Strom aufrecht zu erhalten, müsse der Atomausstieg rückgängig gemacht werden. Allerdings wurde auch die gegensätzliche Position vertreten, der Atomausstieg müsse unausweichlich bleiben und der Ausstieg aus der Braunkohleverstromung so schnell wie möglich erfolgen.

Im Hinblick auf die Frage des Zeitpunktes eines solchen Szenarios machte Staatssekretär Brangs deutlich, dass beim Braunkohleausstieg immer zwei Sachverhalte zu betrachten seien: Den bereits genehmigten Betriebsplänen des Oberbergamtes stehen die politischen Forderungen nach einem vorgezogenen Ausstiegsdatum gegenüber. Der Beschluss der Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung müsse und werde ein Kompromiss zwischen allen widerstreitenden Interessen sein.

Bei den Energiesektoren Wärme und Verkehr wurde angemahnt, insbesondere im ländlichen Raum die Infrastruktur für eine umweltverträgliche Nutzung zu verbessern: beim Verkehr z.B. durch ein besseres ÖPNV-Angebot in strukturschwachen Gebieten, oder durch einen Ausbau der Fernwärmeversorgung.

Aus den Reihen der Teilnehmer wurde auch die Forderung erhoben, nicht nur über das Thema Windkraft zu sprechen, sondern für den weiteren Verlauf der Energiewende den

Themen Forschung und Entwicklung (hinsichtlich Energienutzungs- und -speichertechnologien, Energieeffizienz etc.) einen besonders hohen Stellenwert beizumessen.

4. Veranstaltung Energiedialog Borna 26.10.2018

An der Veranstaltung in Borna am 26. Oktober nahmen wiederum nur wenige Besucher teil, darunter MdL Dr. Lippold (B'90/Grüne) sowie Professor Berkner vom RPV (RPV) Westsachsen und Dr. Uhlig vom RPV Chemnitz.

Die Diskussion verlief weniger kontrovers. Bezüglich der Windkraft-Ausbauziele war man sich einig, dass Sachsen darauf hinwirken soll, künftig zwar mit größeren (und höheren), aber dafür zahlenmäßig weniger Windkraftanlagen Strom zu produzieren. Hierfür brauche es klare politische Vorgaben – die wiederum „mutige Entscheidungen“ voraussetzten. Das größte Problem in Sachsen beim Ausbau der erneuerbaren Energieträger (v.a. Windenergie) läge in der Umsetzung der politischen Vorgaben.

Die Vertreter der RPV machten deutlich, dass sie an Vorgaben gebunden seien, für die drei aus verschiedenen Ressorts zuständig seien (SMI: Landesentwicklungsplan; SMWA: z.B. Ausbauziele erneuerbare Energien; SMUL: z.B. Artenschutz), ihre Aufgabe aber als „Teil der kommunalen Familie“ erfüllen wollten und erfüllten: Sie wiesen ausdrücklich darauf hin, dass einzelne RPV bereits heute deutlich mehr potenziellen Stromertrag in ihren Planungen einstellten als laut dem momentan gültigen EKP 2012 gefordert. Auch für ambitioniertere EE-Ausbauziele als heute seien in Sachsen noch entsprechende Potenziale und Flächen vorhanden.

Eine grundsätzliche Forderung war, dass Energie bezahlbar bleiben müsse und die entsprechende Akzeptanz für die erneuerbaren Energien nur durch Transparenz sowie Einbindung (und Teilhabe) von Kommunen erreichbar sei.

Zudem müsse Solarthermie – als eine flächendeckend einsetzbare Möglichkeit der EE-Nutzung – besser gefördert werden.



Zu einer umfassenden Energie- und Klimapolitik gehöre außerdem, insbesondere im Verkehrsbereich (ÖPNV) intelligente Angebote zu machen – mit dem primären Ziel, so viel Verkehr wie möglich zu vermeiden.

Chancen für die Bundesrepublik bestünden bei der Energiepolitik insbesondere durch die vorhandene Infrastruktur sowie Know-How in Forschung und Entwicklung. Als Beispiele wurden Synthesegas und andere Energietechnologien genannt. Am SAENA-Gutachten wurde kritisiert, dass es teilweise schwer verständlich geschrieben sei und stellenweise thematische „Sprünge“ enthalte, die die Argumentation schwieriger nachvollziehbar machten.

© SMWA/Pressestelle

Wichtigste Themen / Schwerpunkte

Staatssekretär Brangs beschrieb die Notwendigkeit der Weiterentwicklung des Energie- und Klimaprogramms (EKP) mit der „Gretchenfrage“: „Was ist, wenn der Atomausstieg wirksam geworden ist und zusätzlich der Braunkohleausstieg beschlossen?“ Hieraus ergebe sich ein zwingender energiepolitischer Handlungsdruck – auch in Sachsen –, denn das hohe Niveau an Energieversorgungssicherheit im Freistaat stehe nicht zur Disposition. „Darüber müssen wir reden!“ so Staatssekretär Brangs.

Das SMWA greift mit dem Konsultationsverfahren zu den EE-Ausbauzielen ausdrücklich nicht in die laufende Regionalplanung ein, die in kommunaler Hoheit (Regionale Planungsverbände) liegt. Das „Grünbuch“ ist nicht Bestandteil der Regionalplanung. Ziel des Grünbuchs ist es, auf möglichst validen Annahmen Potenziale darzustellen – und daraus Szenarien zu entwickeln. Bei der Auswahl der Kriterien und der Überprüfung dieser Annahmen durch die SAENA wurden die Regionalen Planungsverbände eingebunden, um deren fachliche Expertise einzubeziehen und z.B. die Annahmen der SAENA vorab kritisch zu überprüfen bzw. zu korrigieren, um Fehler auszuschließen. Die Berechnung eines möglichen Szenarios „Wind über Wald“ bedeutet keine Festlegung – sondern soll die Diskussion eröffnen, ob die Inanspruchnahme eines sehr geringen Anteils der sächsischen Waldfläche (maximal ein Prozent) eine Option ist – auch um Konflikte an anderer Stelle (z.B. in Siedlungs- und Wohnflächen) zu minimieren.

Zusammenfassend zeigte sich, dass das Thema Windkraft die meiste Aufmerksamkeit hat und die Auseinandersetzung darüber bisweilen äußerst kontrovers geführt wird. Vor allem Abstandsregelungen werden intensiv diskutiert. Von Teilnehmern des Energiedialogs wurde mehrfach geäußert, dass Windkraftanlagen als Beeinträchtigung wahrgenommen werden.

Insbesondere beim Energiedialog in Zwickau waren die Grenzen einer sachlichen Diskussion erreicht und teilweise überschritten. Staatssekretär Brangs sowie die Vertreter des SMWA wiesen darauf hin, dass Wertschätzung, Kompromissbereitschaft, Respekt und die Fähigkeit, zuzuhören unabdingbare Voraussetzung für einen zielgerichteten Dialog seien. Ziel des SMWA sei es, die unbestritten konfliktgeprägte Diskussion insbesondere über die Windkraft zu versachlichen. Hierzu tragen sowohl die Windpotenzialstudie aus dem Jahr 2017 im Auftrag des SMWA, sowie die umfangreiche und transparente Öffentlichkeitsbeteiligung bei – nicht zuletzt die Energiedialog-Veranstaltungen als Angebot an alle Bürgerinnen und Bürger zum direkten Austausch.

Die Staatsregierung, und auch die Verwaltungsbehörden können Entscheidungen nur auf Grundlage von Recht und Gesetz fällen. Staatssekretär Brangs machte deutlich, dass diese Entscheidungen immer einen Kompromiss voraussetzen, mit dem meistens nicht alle vollkommen einverstanden sind.

Die Vertreter der SAENA und des SMWA erläuterten die (immissionsschutz-) rechtlichen Rahmenbedingungen für die Abstandsregelungen und wiesen darauf hin, dass die Angaben im SAENA-Gutachten keine konkreten Planungshintergrund haben, sondern Annahmen zur Berechnung möglicher Szenarien darstellten: Auf den Energiedialog-Terminen wurde deshalb nicht über konkrete Planungsvorhaben oder Projekte gesprochen.

Die weiteren erneuerbaren Energieträger (Sonne, Biomasse, Wasserkraft) spielten nur eine nebengeordnete Rolle. Die SAENA-Vertreter machten deutlich, dass die möglichen Ausbaupotenziale für die Wasserkraft-Nutzung im Freistaat als nahezu erschöpft angesehen werden – diese Einschätzung wird auch im SMWA geteilt. Bei der künftigen Rolle der Biomasse – die den unmittelbaren Vorteil der Steuerbarkeit hat, was insbesondere bezüglich der Netzdienlichkeit im dezentralen Stromnetz einen Vorteil darstellt – wurde deutlich, dass es an den entsprechenden (bundesgesetzlichen) Rahmenbedingungen fehlt. Daher ist eher mit einem Rückgang bzw. einer Stagnation

beim Ausbau der Potenziale auszugehen. In diesem Zusammenhang wurde auch an die bereits seit mehreren Jahren geführte Diskussion „Tank oder Teller“ erinnert.

Die Ausbaudynamik der PV-Nutzung ist nach einem „Boom“ deutlich zurückgegangen. Ein merklicher Zuwachs – Potenziale (Dachflächen etc.) sind in Sachsen durchaus vorhanden – ist angesichts der momentanen Rahmenbedingungen (Einspeisevergütung, regulatorischer Rahmen) nicht zu erwarten, obwohl gerade im dezentralen Bereich und bezogen auf kleinere Verbrauchseinheiten (Ein- und Mehrfamilienhäuser, Quartiere) PV-Nutzung durchaus sinnvoll erscheint.

Gleiches gilt für die von der SAENA betrachteten Wärmenutzungspotenziale für EE: zusammengefasst sind die bundesgesetzlichen Rahmenbedingungen entscheidend dafür, ob die vorhandenen Potenziale genutzt und ggf. sogar im Vergleich zu heute deutlich ausgeweitet werden können.

Viele Anmerkungen und Anregungen kamen zum Energiesektor „Verkehr“. Dazu wird das EKP zwar auch Aussagen enthalten – im Wesentlichen wird allerdings auf die vom SMWA in Aussicht gestellte Mobilitätsstrategie verwiesen. Diese wird grundsätzliche Aussagen dazu enthalten, wie der städtische und der ländliche Verkehr künftig organisiert werden müssen, welche Angebote im ÖPNV und anderen Verkehrsträgern beispielsweise zur Verkehrsvermeidung führen, und welche Potenziale sich durch die Digitalisierung (Intelligente Verkehrssysteme, Autonomes Fahren, Elektromobilität) bestehen.